

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

50. Sitzung des Reichstages. (11. Juni)

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst Bismarck, Delbrück und Fautsch mit mehreren Commissarien.

Nachdem das Gesuch des Abg. Winter (Wiesbaden) um einen Urlaub auf 14 Tage abgelehnt worden, wird der Gesetzentwurf über die Geldmittel zur Erweiterung der Dienstlokalitäten des kaiserlichen Hofes in Berlin zur Verhandlung gebracht. Auf eine Anfrage des Grafen Rittberg erwidert Fürst Bismarck: Nach unserer Berechnung würden wir, sobald die Bauleistungen am Wilhelmshaus hergeleitet sein werden, die gemieteten Räume des Hauses Wilhelmshaus 70a vollständig wieder aufgeben können, resp. wenn der Contract noch nicht abgelaufen sein sollte, durch anderweitige Vermietung zur Deckung gelangen. Ob und in wie weit es thunlich ist, die Räumung des h. Veder'schen Hauses ebenfalls gleich vorzunehmen, hängt von der Unterbringung der Eisenbahnabtheilung und anderen Umständen ab, die sich der Berechnung entziehen. Jedenfalls liegt es nicht in der Absicht, den jetzigen Zustand als Definitivum zu behalten.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern für 1874 fortgesetzt. Abg. Goppelt will die „kostbare Zeit“ des Hauses nicht in Anspruch nehmen, sondern erwidert nur in halbständiger, kaum hörbarer Rede die allgemeine Tarifreform, wie er sie sich denkt, mit Differentialzöllen, Regiprozität und Schonung der heimischen Industrie, die mit der vom französischen Markte verdrängten elassisch-lothringischen Konkurrenz muß u. i. w.

Abg. Dr. Braun hält sein Versprechen, kurz zu sein, und mit dem kostbarsten Artikel, den das Haus im Augenblick besitzt, mit seiner Zeit, geizig, wie ein Schatzkammerhüter, umzugehen. Er will nur Herrn Stumm bitten, die Heiterkeit, die er gestern erregt hat, denen, die lachen, nicht übel zu nehmen; denn sie haben nicht über die Sache, die er vertrat, sondern über die Art, wie er sie vertrat, gelacht und auf sein Schamement und seine Uebereizung, als ob die Frage der Eisenzölle die wichtigste Glaubens- und Gewissensfrage des deutschen Reiches und der Menschheit sei, mit einer maßvollen und geregelten Heiterkeit reagiert. Er will Herrn Stumm ferner sagen, daß gerade sein Antrag die Unschärfe der Industrie, vor der sie sich mit Recht fürchtet und die er selbst so drastisch geschildert hat, noch steigert. Denn dieser Antrag will die Frage bis zum nächsten Jahre vertagen, ohne daß Herr Stumm sagt, was er dann zu beantragen beabsichtigt. — Ermäßigungen und Reformen des Tarifs will er vornehmen, aber darüber, welche Zölle und in wie weit er sie ermäßigen will, darüber beobachtet er ein weißes Stillschweigen. Nichts schädigt die Industrie mehr als eine solche permanente Unsicherheit in Bezug auf den Inhalt einer Zollreform und den Zeitpunkt ihres Eintretens. Man braucht damit auch gar nicht darauf zu warten, bis der Reichstag die Vertreter von Elsaß-Lothringen in seiner Mitte sieht, vor denen er sich nach Herrn Stumm fürchten soll. Warum soll er sie denn fürchten? Es werden ebenso vernünftige Menschen sein, wie wir Alle. Die Frage betrifft auch Elsaß-Lothringen durchaus nicht so speciell, denn seine Eisenindustrie ist höchstens  $\frac{1}{4}$  der gesammten deutschen Eisenindustrie. Endlich handelt es sich dabei nicht bloß um die Produzenten, sondern auch ganz vorzugsweise um die große Masse der Consumenten. Der Redner schließt, wie Lichtwark's Kagengebiß, mit dem weisen Spruch, daß blinder Eifer nur schadet.

Geh. Rath Michaelis will nur die Erwägungen mittheilen, die im Bundesrathe seit der vorigen Session in Betreff der Zuckerversteuerung stattgefunden haben, da Herr Goppelt auch diese Frage berührt hat. Die Abgabe der dießseitigen Raffinerie ist eine andere als die der fremdländischen. Bei der Entnahme aus den Entrepots versteuern die französischen Zucker von höherem Gehalte zu einem niedrigeren Steuerfusse, weil derselbe theilweise künstlich gefärbt ist und theilweise die Unterschiede, nach welchen in Frankreich versteuert wird, dem wirklichen Zuckergehalte nicht entsprechen. Bei der Ausfuhr erhalten sie aber eine Prämie, als ob sie den Rohzucker zu seinem wirklichen Werthe versteuert hätten. In der Campagne 1870–71 sind an Rüben 61 Millionen Centner, 1871–72 in Folge der ungünstigen Ernte nur 45 Millionen Centner, vom September 1872 bis März 1873 wiederum 63 Millionen Centner versteuert worden. Es hat sich also für 1872 eine Minderbesteuerung von 16 Millionen Ctr. ergeben, d. h. 12 Ctr. Rüben auf 1 Ctr. Zucker gerechnet, eine Minderproduktion von 1,333,000 Centner. Durch die Aufnahme des Elsaß in das Zollgebiet ist das Bedürfnis, wenn 10 Pfund pro Kopf gerechnet werden, um 160,000 Centner gestiegen. Die Differenz zwischen Produktion und Bedarf, beträgt so im Ganzen 1,490,000 Centner. Die gesammte Zuckereinfuhr hat im Jahre 1872: 877,000 Ctr., 1871: 211,000 Ctr. betragen. Der Mehreinfuhr betrug also 1872: 666,000 Centner; die Minderausfuhr desselben Jahres 574,000 Ctr. Es blieben also durch Mehreinfuhr und Minderausfuhr für das Ausland 1,240,000 Ctr. disponibel. Dieses Plus deutet aber noch nicht die Differenz, die durch Minderproduktion und Mehrconsumtion hervorgerufen ist. Die Mehreinfuhr von Rohzucker kann also keinen Anlaß zu Bedenken geben.

Anderes liegt die Frage in Betreff der Raffinade. Es wurden 1872 importirt 301,000 Ctr., 1871 nur 60,000 Ctr.; also für 1872 eine Mehreinfuhr von 240,000 Ctr. Es gingen über die Grenze im Jahre 1872 nach Frankreich 249,000 Ctr., gegen 14,000 Ctr. im Jahre 1871, also eine bedeutende Vermehrung der Einfuhr und Ausfuhr. Es war zu erwägen, ob sich der Vortheil der Zuckerversteuern in Conventionsverhältnissen nicht, über diese Frage Verhandlungen angestrichelt und wird sich Frankreich einer genaueren Prüfung des Sachverhaltes bei der Zuckerversteuerung nicht entziehen können. Bei dieser Lage ist der Bundesrath der Meinung gewesen, daß sich eine so tiefgreifende Maßregel, wie die Erhöhung des Zolls auf Raffinade nicht rechtfertigen lasse, um so weniger, als die Conventionsstaaten selbst in Erwägung über eine Reform der Zuckerversteuerung getreten sind.

Bei der Rübenzuckersteuer bemerkt Abg. Sombart, daß die Etatsausstellung für diese Steuer incorrect sei und der Correctur durch die statistischen Erhebungen bedürfe, die im Etat mindestens nebenher jedesmal mitgeteilt werden müßten. Ferner: Wie steht es mit dem vom Bundesrathe eingeforderten Gutachten über die Frage, wieviel Prozent raffinierten Zucker sich im Rohzucker befinden?

Präsident Delbrück: Das erwähnte Gutachten ist an den Bundesrath noch nicht gelangt. Sobald das der Fall sein wird, wird den Interessen und dem Reichstage das Resultat mitgeteilt werden. Was das erwähnte Monitum betrifft, so hat der Etat mit seinen Anlagen nicht den Zweck, Statistik zu treiben, sondern allein die Aufgabe, aus dem Durchschnitt gewisser Thatsachen, die in den Vorjahren vorgekommen sind, für die Zukunft in Bezug auf Einnahme und Ausgabe gewisse Folgerungen zu ziehen. Die Mitnahme der statistischen Angaben würde ein viel falscheres Resultat ergeben, als die vorliegende Aufstellung, von der ich überhaupt nicht zugeben kann, daß sie unrichtig sei.

Die Einnahme-Position aus der Rübenzuckersteuer wird, wie alle übrigen, genehmigt.

Zur Salzsteuer bemerkt Abg. v. Kardorff: Im b. J. hat sich der Reichstag fast einstimmig für die Aufhebung der Salzsteuer ausgesprochen; und es schien damals, als ob auch die Reichsregierung im Prinzip dieser Aufhebung zustimme. Ich meinerseits habe mich für diese Aufhebung aber mit gleichzeitiger Erhöhung der Tabaksteuer ausgesprochen. Aus der uns zugegangenen Denkschrift habe ich nun freilich ersehen, daß die Erhöhung nur durchführbar sei bei Einführung des Monopols, gegen das überall so viel Antipathien vorhanden sind, daß ich für jetzt auf diese Compensation verzichte. Anders aber steht die Sache mit der Börsensteuer. Ich bedauere sehr, daß uns nicht so zeitig ein Entwurf über die Börsensteuer vorgelegt wurde, daß nach gründlicher Vorberatung in der Commission ein Beschluß des Reichstages darüber möglich war. Ich muß jedenfalls noch

heute mein Prinzip festhalten, daß es unzulässig ist, irgend eine bestehende Steuer aufzuheben, ohne gleichzeitig für den Ausfall ein Aequivalent durch eine neue Steuer der Reichsregierung zu bieten.

Abg. Dr. Brann: Mit der für die Abschaffung der Salzsteuer vorgeschlagenen Erhöhung der Tabaksteuer können wir uns nicht einverstanden erklären. Diese Erhöhung ist nicht nur eine finanziell und volkswirtschaftlich ungerechte Maßregel, sondern auch von nicht geringer politischer Bedeutung. Denn schon die kundgegebene Absicht dieser Steuererhöhung hat eine nicht geringe Mißstimmung im ganzen Lande bei Fabrikanten und Consumenten zugleich hervorgerufen. Wir können uns daher nur freuen, daß für jetzt diese Absicht aufgegeben ist. Der nächste Reichstag wird jedenfalls der Sache näher treten. Man braucht nicht immer, wie Abg. Kardorff will, gleich eine neue Steuer zu schaffen, wenn eine alte ermäßigt werden soll. Es giebt aridere Mittel, dem Reiche Einnahmen zu verschaffen. Ich weise nur auf die Umgestaltung der Gewerbesteuer und namentlich der Haussteuer hin. Der unzulässige Zustand, daß das Reich bei den Einzelstaaten um Matrikularbeiträge bitten muß, darf nicht fortdauern, zumal dieser nach der Kopfzahl berechnete Beitrag zu dem Aufwande des Reiches in höchstem Grade ungerecht ist und nicht selten der Bewohner armerer Gegenden, namentlich in Gebirgsgegenden, wo die Majorität die Bevölkerung so zu sagen aus Holzhausen besteht oder aus Ziegelfabrikanten, wie in Lippe, besonders hart trifft.

Abg. Seelig: Wir können nur unser tiefstes Bedauern darüber aussprechen, daß trotz der wiederholten, fast einstimmigen Beschlüsse des Reichstages einer der dringlichsten Wünsche des Landes, die Aufhebung der Salzsteuer, in dieser Session wieder nicht erfüllt wird. Die Salzsteuer ist anerkanntermaßen eine der ungerechtesten und unwirtschaftlichsten, die im Reiche erhoben werden, weil sie nicht nur als eine Kopfsteuer Arm und Reich in gleichem Maße trifft, sondern sogar noch nach unten hin für die ärmeren Classen progressiv zunimmt, da die ärmeren Classen ihre größere Nahrung mit einer größeren Quantität Salz würzen müssen, um sie genießbar zu machen, also mehr Salz verbrauchen als die Reichen. Die Salzsteuer schränkt auch die Salzproduction selbst ein. In den letzten Jahren sind in Norddeutschland mehrere neue Salzlagere erhoben worden, die ohne die Steuer eine große Zukunft haben würden, z. B. das große Salzlagere bei Seeberg, das hart an der Ostseeküste liegt und vom nächsten Jahre ab in Eisenbahnverbindung mit Lübeck, ganz Holstein und allen Häfen der Ostküste stehen wird. Die Ausbeutung dieses Lagers müßte daher für ganz Deutschland von höchster Bedeutung sein. Ein ergiebigeres Resultat aber wird erzielt werden bei vollständiger Aufhebung der Salzsteuer, deren Fortbestehen nach jeder Richtung hin tief schmerzhaft ist.

Die Position wird hierauf bewilligt.

Zur Tabaksteuer spricht Abg. v. Minnigerode den Wunsch aus, daß bei eintretender Erhöhung der Tabaksteuer im Interesse der Production nicht das Rohprodukt, sondern das Fabrikat besteuert, eventuell die besteuerten Flächensteuer der beabsichtigten Gewichtsteuer vorgezogen werden möge.

Zur Branntweinsteuer bemerkt Abg. Dr. Birnbaum: Für die östlichen Landestheile Deutschlands ist es eine Lebensfrage zu wissen, ob es in der nächsten Zeit zur Fabriksteuer des Branntweins kommen wird oder nicht. Im ersteren Fall würden die Produzenten ihren ganzen Wirtschaftsbetrieb modificiren müssen.

Präsident Delbrück: Ich bedauere, daß ich diese Aufklärung zu geben nicht im Stande bin. Daß die Vertheilung, die nöthig ist, um die Frage zu entscheiden, ob eine Fabriksteuer zunächst mit Rücksicht auf die Sicherstellung des Steuerertrages eingeführt werden kann, ununterbrochen fortbauert, und daß sie, sobald mir die Sachlage bekannt ist, dem Abg. nahe liegt, das kann ich konstatiren. Eben deshalb, weil sie noch nicht abgeschlossen ist, hat der Bundesrath sich mit der Frage wegen Einführung der Fabriksteuer noch nicht beschäftigt. Welches Resultat demnach die ja unzweifelhaft und nach der Natur der Dinge eintretende Erwägung dieser Frage im Bundesrathe haben wird, weiß ich nicht, wähle ich es aber auch, so wäre ich doch nicht in der Lage, die Frage des Vorredners zu beantworten, denn ich würde böllig außer Stande sein, mir ein Bild davon zu machen, wie der nächste Reichstag dazu sich verhalten wird. Das Interesse, welches der Vorredner vertrat, kann nur dadurch wahrgenommen werden, daß, wenn Bundesrat und Reichstag sich wegen eines Gesetzes über Einführung der Fabriksteuer einigen sollten, demnach der Einführungsstermin einer solchen Maßregel so geräumig gegriffen wird, daß die Landwirtschaft die Möglichkeit hat, sich danach einzurichten.

Bei dem Etat der Wechselstempelsteuer rügt Abgeordneter v. Puttkamer (Sora) die böllig unpraktische Instruction über die Cassation der Stempel, welche zu den größten Schwierigkeiten im Verkehrsleben, zu zahlreichen Contrabentionsstrafen und dem Vernehmen nach sogar zu Bestrafungen der preußischen Bank wegen Contrabentionen geführt hätten.

Präsident Delbrück erkennt an, daß ein Theil der Beschwerden des Handelsstandes berichtigt sei und bemerkt, daß seitens des Reichstagesamts dem Bundesrathe bereits eine Vorlage zugegangen sei, um die Bekanntmachung wegen Ausführung des Wechselstempelsteuer-Gesetzes zu amendiren. Aber von einer Zusammenstellung der in den Einzelstaaten bestehenden Vorschriften bezüglich des Stempels sei eine auffällende Wirkung nicht zu erwarten, da sie schwerlich gelesen werden würde.

Zum Etat der Postverwaltung und dem kaiserlichen Postwesen an und beantragt als ein Zeichen der Anerkennung des Reichstages sämtliche Positionen des Etats zu bewilligen.

Abg. Seelig tadelt, daß die Postverwaltung den Ausgabestempel auf den Briefen aufgehoben habe; damit sei die Briefbestellung um vieles ungewisser und unsicherer gemacht.

Geh. Rath Dunkel erwidert, daß die Postverwaltung in dem Ausgabestempel keine wirksame Controle mehr habe erkennen können. Die Ursache der Verpöschung von Briefen werde sich in den meisten Fällen auch ohne den Stempel konstatiren lassen; in den natürlich sehr seltenen Fällen, in welchen eine abschließliche Verpöschung beabsichtigt werde, sei der Stempel kein Hindernis, da er ohne Mühe zu fälschen sei. Andererseits erspare die Post durch die Aufhebung des Stempels eine enorme Arbeitslast.

Abg. Seelig bleibt bei seiner Behauptung, daß neuerdings die Unsicherheit in der Briefbestellung größer geworden sei. — Geh. Rath Dunkel: Jedenfalls haben die Beschwerden des Publikums bei der Postverwaltung nicht zugenommen. Die einzelnen Positionen werden darauf genehmigt.

Zum Etat der Telegraphen-Verwaltung konstatirt Abg. Adernann mit Befriedigung, daß dieselbe, nachdem sie bisher immer einen bedeutenden Zufluß erfordert habe, nunmehr anfangs, einen kleinen Ueberschuß zu liefern.

Eine Anfrage v. Benda's, ob die in dem Etat angekündigte Vorlage wegen Bewilligung von Mitteln, um Versuche mit unterirdischen Telegraphenleitungen anzustellen, noch in dieser Session zu erwarten sei, wird vom Präsidenten Delbrück verneint.

Auf eine Anfrage des Abg. Schmidt (Stettin) erwidert Oberst Meddam, daß seit dem 15. Mai d. J. auf der Insel Langeroog, also gleich günstig für die Elbe- und Westermündung gelegen, sich eine semaphorische Station befindet. Sollte sich das Bedürfnis nach weiteren Stationen herausstellen, so werde die Telegraphenverwaltung es gern befriedigen; die ersten Anlagelosten seien da, wo ein hochragender Leuchtturm sich befände, nur unbedeutend. In Handels- und Schiffahrtskreisen sei wiederholt der Wunsch nach einer semaphorischen Station auf Helgoland ausgesprochen, das ja außerhalb der deutschen Grenzen liege; er könne aber mittheilen, daß noch in diesem Sommer dafelbst eine eingerichtete werden würde.

Petitionen von Telegraphenbeamten aus Metz und Mülhausen, über welche Abg. Nieper referirt, haben die Budget-Commission zu dem Antrage veranlaßt, dieselben, soweit sie die Gleichstellung der Soziallagen der elassischen Telegraphenbeamten mit den Soziallagen der anderen im Reichslande angestellten Beamten betreffe, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Präsident Delbrück: Die vorliegende Frage wird durch das Gesetz über die Wohnungszuschüsse ihre Erledigung finden. Die Sache selbst ist indessen von ziemlich weit tragender Bedeutung, indem es sich darum handelt, ob das Reich die Verfügung über die Soziallagen seiner Beamten behalten

oder der Landesverwaltung überlassen will. Was speciell Elsaß-Lothringen betrifft, so war man leider genöthigt, einen großen Theil der dort fungirenden Beamten aus den anderen Bundesstaaten herbeizuziehen, was nicht ohne Zuzicherung einer Prämie, einer Gehaltssteigerung gelang, während die Telegraphenbeamten als Reichsbeamte einem Ruhe in die Reichslande auch ohne das Folge zu leisten hatten. Es fragt sich nun, in wie weit einem ungenügenden Gehalte durch Sozialzulagen abzuhelfen; es möge nun später eine elassisch-lothringische Landesvertretung oder der Reichstag den bezüglichen Beschluß fassen. Meiner Ansicht nach muß die Entscheidung dieser Frage den Landesverwaltungen überlassen werden; das Reich würde damit auf einen Boden treten, der zu abschüssig ist, um weiter zu gehen.

Abg. Grumbrecht und Windthorst (Neppe) bekräftigen den Antrag der Budget-Commission, augenscheinlich habe man den Beamten der Telegraphie Verpöschungen gemacht, welche man nachher nicht gehalten.

Bundes-Commissar Oberst Meddam weist im Gegentheil darauf hin, daß die betreffenden Beamten bei ihrer Uebersiedelung nach Elsaß-Lothringen eine Gehaltssteigerung von 25 Prozent ihres Einkommens erhalten und in den ersten Monaten ihres dortigen Aufenthaltes, wo sie Tagesgelde empfangen, sich noch weit besser gefanden hätten.

Der Antrag der Budget-Commission wird gleichwohl genehmigt.

Ferner wird eine Resolution der Abg. Adernann und Genossen, die Sozialzulagen der Telegraphenbeamten in Warchau, Malmoe und Basel in demselben Maße zu erhöhen, wie dies bezüglich des Wohnungszuschusses für die in Deutschland wohnhaften Beamten in Aussicht genommen ist, angenommen. Die einzelnen Posten des Etats der Telegraphenverwaltung werden sämmtlich genehmigt.

Zum Etat der Eisenbahn-Verwaltung haben die Commissarien des Hauses folgende zwei Resolutionen beantragt:

I. den Reichskanzler zu der Anordnung aufzufordern, 1) daß dem Reichstags- tage alljährlich ein Bericht über die Verwaltung, den Betrieb und Bau der elassisch-lothringischen Eisenbahnen sowie des unter der Verwaltung des Reiches stehenden Theiles der Wilhelm-Luxemburg-Bahnen zugelegt werde; 2) daß alljährlich die Veröffentlichung auf gleichförmigen Grundlagen beruhender statistischer Zusammenstellungen über sämmtliche im deutschen Reiche gelegenen Eisenbahnen erfolge;

II. den Reichskanzler zu einer sachverständigen Ermittlung des ungefähren Werthes der durch den Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 für das Reich erworbenen elassisch-lothringischen Eisenbahnen aufzufordern, um auf dieser Grundlage einen Anhalt für die Beurtheilung des Betriebes und dessen Resultate zu gewinnen.

Diese Resolutionen, vom Abg. Hammacher eingehend motivirt, werden vom dem Commissar Geh. Rath Herzog sehr beifällig aufgenommen, der die Gelegenheit benützt, um die Geschichte der Abschaffung der elassisch-lothringischen Bahnen und die Momente, auf denen sie beruht, ausführlich darzulegen, und auch zugleich von der Reichsverwaltung sehr entschieden den Vorwurf abzuwehren, als denke sie daran im Eifer der Konkurrenz die baltischen Bahnen lahm zu legen. Auch Herr Mohl ist mit den Resolutionen einverstanden, die mit dem Etat selbst genehmigt werden.

Nachdem noch der Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des deutschen Reiches an eine Commission von 14 Mitgliedern überwiesen worden, wird die Sitzung um 5  $\frac{1}{2}$  Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. Unter großen Kämpfen kommt folgende Tages-Ordnung zu Stande: Anträge Schüle und Kaster, beide Preßgesetze; Entwurfe der beiden Windthorst, Cibihe, Petitionen. Abgeordneter Böll bezieht Angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit der Bischöfe das Gesetz betreffend die Cibihe und die Civilstandsregister als im höchsten Grade dringlich, die Regierungen würden froh sein, es zu beifügen, wenn die Arbeits-Einführung sich auf die bezeichneten Functionen ausdehnen sollte. Abgeordneter v. Bennigsen erinnert dagegen an die Verordnungen der Delegirten, nach welchen auf das Preß- und Cibihegesetz für den Rest der Session verzichtet werden sollte. Sollte der Clerus die Ausübung seiner Functionen wirklich suspendiren, so würde sofort der Reichstag einberufen werden, um Abhilfe zu schaffen.

Berlin, 11. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den bisherigen Privatdocenten Dr. Hermann Grimm zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität hierelbst ernannt; dem Kreisgericht's-Secretair, Salariats-Controleur und Sportel-Revisor Werner zu Grünberg in Schles. bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath ertheilt und dem Wappenstein-Schneiderlein zu Berlin das Prädikat eines Königl. Hof-Wappensteiners verliehen.

[Telegraphen-Station.] In Fischbach in Schlesien wird für die Zeit vom 15. Juni bis 15. September c. eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

Berlin, 11. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen gestern den Vortrag des Militärschreibers, und Nachmittags den des Reichskanzlers entgegen.

Heute empfangen Se. Majestät den Herzog Wilhelm von Mecklenburg, den Prinzen Albrecht Königl. Hoheit, Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit den Kronprinzen, die Deputation des 1. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 31, nahmen die Vorträge des Stiehl-cabinet's, und Nachmittags den des Minister-Präsidenten Feldmarschalls Grafen von Roon, des Fürsten Pleß und des Oberst-Kammerer Grafen von Redern entgegen. (Reichsanz.)

© Berlin, 11. Juni. [Der Kaiser. — Aus dem Bundesrathe. — Die Staatsbahnen.] Daß die Reise des Kaisers nach Wien vorläufig hat vertagt werden müssen, wird jetzt auch von der „Provinzial-Correspondenz“ bestätigt. Nur auf das dringendste Zureden der Ärzte jedoch hat sich der Monarch dazu verstanden, namentlich weil er befürchte, daß der Entschluß in Wien einer unrichtigen Deutung begegnen könnte. Die Angelegenheit seiner Gesundheit ist indess so notorisch, daß über den wahren Grund der Aufschubung des Besuches am österr. Kaiserhofe kein Zweifel möglich ist. Auch die Thatsache, daß weder Fürst Bismarck, noch einer der übrigen Minister in den letzten acht Tagen vom Kaiser empfangen worden ist, zeigt von der Nothwendigkeit, jede Anstrengung oder Aufregung von dem Monarchen fern zu halten. — Der bekannte Beschluß des Reichstages in Betreff der Volksvertretung in den Bundesstaaten beschließt bereits den Bundesrath. In einer der jüngsten Sitzungen desselben vom 31. Mai wurde von Seiten des Vorsitzenden ein Gesetzentwurf vorgelegt, dessen einziger Artikel lautet: „Hinter Artikel 3“ der Verfassung des deutschen Reichs wird als besonderer Artikel folgender Zusatz aufgenommen: „In jedem Bundesstaat muß eine aus Wählern der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetz und bei der Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“ Die Vorlage wurde dem Ausschusse für die Verfassung überwiesen. In derselben Sitzung des Bundesraths berückte der Finanzminister von Mittnacht im Namen der Ausschüsse für die Verfassung und für die Geschäftsordnung über den Antrag Bayerns, betreffend die Geschäftsbehandlung bei Einbringung von Gesetzentwürfen. Es wurde, vorbehaltlich der Befugnis jedes Bundes-Mitgliedes Vorschläge zu machen und der besonderen Beschlußnahme des Bundesraths über die Vorbereitung und weitere Behandlung einzelner Gesetzentwürfe, beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, die Ausarbeitung der Entwürfe zu Reichsgesetzen in der Weise herbeizuführen, daß die Regierungen von dem Vorwissen einer Vorlage Kenntnis und vor Feststellung des Entwurfs zu Geltendmachung ihrer Anschauungen ausreichende Frist und Gelegenheit erhalten. — Bei den Verhandlungen des



Landtages über das Creditgesetz in Betreff der Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes wurde bekanntlich der Wunsch laut, einen vollständigen Plan für die weitere Ausdehnung des Netzes aufzustellen. Wie ich erfahren habe, hat der Handelsminister den Oberpräsidenten aufgegeben, diese Angelegenheit in vorläufiger Erwägung zu ziehen und namentlich auf die lokalen Interessen, die Rentabilität der in Vorschlag zu bringenden Bahnen und auf die Frage, ob dieselben zweckmäßig als Staatsbahnen herzustellen oder dem Privatbau zu überlassen seien, das Augenmerk zu richten.

[Das Befinden des Kaisers.] Der telegr. signalisirte Artikel der „Prov. Correspondenz“ lautet wie folgt: „Unser Kaiser, der bereits durch die außerordentlichen Anstrengungen der jüngsten Wochen und in Folge einer Erkrankung etwas angegriffen war, ist durch die beiden Trauerfälle, welche das Königs- und Kaiserhaus betroffen haben, lebhaft berührt worden. Im Prinzen Adalbert ist dem Könige wiederum eines der ihm durch vielfache Freundschaft und langjährige gemeinsame Erinnerung eng verbundenen Mitglieder der älteren Generation der königlichen Familie entzogen worden, — in der Fürstin von Liegnitz aber erbt der Kaiser nicht nur das ihm in jeder Beziehung heilige Andenken des trefflichen Vaters, sondern er und das ganze Königs- und Kaiserhaus widmen der Entschlafenen auch eine hohe persönliche Verehrung und sind von ihrem unerwarteten Hinscheiden sehr schmerzhaft bewegt. — Unter diesen Eindrücken hat sich der Kaiser nicht so rasch erholen können, wie es, Dank seiner kräftigen Natur, sonst der Fall zu sein pflegt, und es wird deshalb die beabsichtigte Reise an den kaiserlichen Hof und zur Weltausstellung in Wien auf dringenden politischen Wunsch für jetzt voraussichtlich unterbleiben, so schwer es dem Monarchen wird, darauf jetzt zu verzichten. Auch der Besuch in Jugenheim und Karlsruhe gilt noch als ungewiss. Der Kaiser wird die nächste Zeit vorzugsweise auf Schloß Babelsberg zubringen und gegen Ende Juni oder Anfang Juli nach Bad Ems, im Monat August wieder nach Gastein gehen und dann voraussichtlich auch den jetzt veräumten Besuch in Wien nachholen.“

[Die fehlenden Reichstagsabgeordneten.] Die Zahl der bisher im Reichstagsbureau der Besitzenden Legitimationskarten hat sich in den letzten Tagen sehr erheblich verringert; gleichwohl sind 21 Karten noch nicht abgeholt. Wirklich verhindert zu erscheinen waren und sind: Abg. Bebel (in Haft) und der erkrankte Abg. Hänel, Kleiser, Kirchner, Deller. Ohne jeden Grund fehlten und fehlen bisher: Erleben, Freitag, Fischer (Göttingen), v. Kalkstein (Stargard), Köhly, v. Manowicki, Pfannebecker, v. Reichlin-Meldegg, v. Roskau, v. Sagenhofen, Schend, v. Tarcjanowski, Dr. Thantisch, v. Zoltowski und v. Starzki.

[Die Wahlkreise im Reg.-Bezirk Oppeln.] Dem Reichstag ist ein Gesetz, betreffend die Abänderung der Reichstagswahlkreise 5 und 6 des Regierungsbezirks Oppeln im Königreiche Preußen, zugegangen. Dasselbe lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

berordnen, im Namen des Deutschen Reiches nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

Einziger Paragraph.

Die Wahlkreise Preußen und Rattowitz — 5. und 6. Wahlkreis des Regierungsbezirks Oppeln im Königreiche Preußen (Anlage C. des Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869, Bundesgesetzl. S. 275), — bestehen fortan:

a) der Wahlkreis Preußen (5):

aus den landrätlichen Kreisen Preußen und Larnowitz,

b) der Wahlkreis Rattowitz (6):

aus den landrätlichen Kreisen Rattowitz und Zabrze.

D. R. C. [Beleidigungen des Reichstages.] Noch in keiner der früheren Sessionen sind seitens des Reichstagsamtes so zahlreiche Ansuchen an den Reichstag gestellt worden beuf der Verfolgung von Zeitungen, welche sich der Beleidigung des Reichstages schuldig gemacht haben, als in dem gegenwärtigen. So liegen gegenwärtig wieder der Geschäftsordnungs-Commission zwei derartige Zuschriften vor, in welchen um die Zustimmung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung der Nr. 24 der in Hannover erscheinenden „Deutschen Volkszeitung“ und der Nr. 9, 11 und 12 des „Führer demokratischen Wochenblattes“ wegen derselben Vergehen ersucht wird. Die Geschäftsordnungs-Commission wird dem Hause empfehlen, diese Zustimmung nicht zu erteilen.

[Der Protest der Berliner Redacteure] gegen den Preßgesetzentwurf ist in einer gestern abgehaltenen Versammlung principiell festgestellt und heute von einer Subcommission endgültig redigirt worden. Der Protest erscheint gleichzeitig Freitag in den Morgenblättern aller hiesigen Journale.

Frankfurt, 10. Juni. [Die „Frankfurter Zeitung“] von heute enthält am Schlusse ihres politischen Theils folgende lakonische Erklärung:

„Der Unterzeichnete hat am 31. Mai die Chefredaction der „Frankfurter Zeitung“ niedergelegt und wird am 15. Juli d. J. ganz aus der Redaction dieses Blattes ausscheiden. Carl Goldhausen.“

Bonn, 8. Juni. [Die Zahl katholischer Priester,] die sich in der letzten Zeit dem altkatholischen Comité als Seelforger zur Verfügung gestellt haben, ist eine ganz beträchtliche. Von allen Seiten der Erzbischöfe laufen Anmeldungen ein, die selbstverständlich erst dann publicirt und zur Erledigung gebracht werden können, wenn die Entwicklung der altkatholischen Gemeinden die Einsetzung neuer Pfarverwalter nothwendig macht. In Betreff der Bischofswahl sind den Führern der altkatholischen Bewegung vom preussischen Cultusministerium die bindendsten, erfreulichsten Zusagen gemacht worden. (Fr. Z.)

Crefeld, 8. Juni. [Disciplinär-Untersuchung.] Der Rector unserer katholischen Bürgerschule, Dr. Zumpfer, ein ausgeprägter Ultramontaner, ist wegen einer gegen ihn eingeleiteten Disciplinär-Untersuchung vorläufig suspendirt worden.

Darmstadt, 11. Juni. [Der Kaiser von Rußland] trifft auf seiner Reise nach Ems heute Nachmittag um 2 Uhr hier ein. Zu derselben Zeit wird auch der Schah von Persien auf seinem Ausfluge nach Baden-Baden hier erwartet und wird vermuthlich eine Begegnung desselben mit dem Kaiser stattfinden.

Darmstadt, 11. Juni. [Die erwartete Begegnung] zwischen dem Kaiser von Rußland, welcher sich zu mehrwöchentlichem Kurgebrauch nach Ems begibt, und dem auf der Durchreise nach Baden begriffenen Schah von Persien hat heute hier stattgefunden. Nach vorangegangener Begrüßung stellte der Kaiser dem Schah den Großfürst-Bruderkönig nebst Gemahlin, sowie den Großherzog und Prinz Ludwig von Hessen vor, worauf der Schah seine Reise fortsetzte.

München, 8. Juni. [Der altkatholische Bischof.] Die Schwurgerichte. — Der Strafgesetzentwurf. Mit der Bischofswahl ist die Lebensfähigkeit der altkatholischen Bewegung proklamirt worden. Es ist eine merkwürdige Wandlung, die mit den jüngsten Ereignissen zu Köln in den Gemüthern der Pessimisten vor sich ging. Vor wenigen Wochen noch hörte ich in einer altkatholischen Versammlung aus dem Munde des Herrn Professors Huber Worte, die eine tiefe Verstimmlung, die den Zweifel an dem geistlichen Fortgange des reformatorischen Werkes verriethen. Professor Friedrich, der geistvolle Bekämpfer der römischen Lüge, dieser Mann, aus dessen Wesen man es herausfühlt, daß er mit ganzer Seele aus voller reiner

Ueberzeugung dem Ziele entgegenstrebt, welches er sich gesteckt hat, er, der vom Herzen zu den Herzen spricht, er ist ihm damals entgegengetreten mit den begeisterten Worten, daß die Menschheit doch noch nicht so sehr in ihren materiellen Interessen erstickt sei, daß sie gleichgültig eine Idee an sich vorübergehen lasse, die den Kampf der Wahrheit gegen die Lüge, den Kampf der Freiheit gegen die Knechtschaft bedeute. Gestern nun trat Prof. Huber wieder auf und begrüßte voll Freude und Hoffnung den deutschen Bischof Reinkens, das neue Haupt der altkatholischen Gemeinden Deutschlands. Er gab ein Bild des äußeren Lebens, sowie des inneren Entwicklungsganges des Philosophen, Philologen und Theologen Reinkens, der ein Bischof sein wird nach dem Sinne des Hilarius. Mit dieser Wahl ist der Grundstein gelegt zur deutsch-nationalen Kirche, die dem Culturstaat die Hand reicht zur Hebung der Sittlichkeit. In den wenigen Worten, die Reinkens als Programm aufstellt: „Ich verlange von meiner Gemeinde Liebe und Verehrung, nicht blinden Gehorsam!“ liegt die Bedeutung der altkatholischen Bewegung. Die Opposition geht nicht allein gegen das Dogma der Unfehlbarkeit, sie geht gegen den ganzen Absolutismus der römischen Kirche, sie verlangt Freiheit des Glaubens und Gewissens, sie verlangt christliche Duldsamkeit und beansprucht für den Staat die Rechte, die ihm gebühren. Prof. Friedrich führt sehr richtig aus, wie unsinnig das Geschrei der Ultramontanen gegen die neuen preussischen Kirchengesetze sei: die Zeiten des Nero und Diocletian seien heringebracht! Man betrachte nur die Paläste der Bischöfe, man zähle ihre Pfanden und überzeuge sich, wie ängstlich der Kirche ihr Vermögen gewahrt werde, auf daß sie sich ja nicht beträbe! und da spreche man von Nero und Diocletian? Die ganze ultramontane Presse ist eine Lüge. Das innere Gebiet der Kirche bleibt vollständig der Autonomie der Kirche überlassen, selbst die päpstliche Unfehlbarkeit bleibt ihr unbenommen. Erst wenn sie in die Politik sich mischen will, kommt sie in Conflict mit dem Staate. Die altkatholische Gemeinde Münchens hat gestern ein Anerkennungs- und Gratulations-Telegramm an Prof. Reinkens abgehen lassen. — Alle Parteien ohne Unterschied der Schattirung sind, so sehr sie sich sonst in den Haaren liegen, darin einverstanden, daß man sich mit Hand und Fuß dagegen sträuben müsse, daß die Schwurgerichte in Schöffengerichte umgewandelt werden. Das Schwurgericht ist eine mit dem innersten Leben des süddeutschen Volkes so eng verwachsene Art der Rechtssprechung, daß man ihm dieselbe, abgesehen von allem anderen, schon aus politischer Rücksicht nicht wegnehmen darf. Das Verhältniß zwischen Süd und Nord hat so viele Momente des Schwollens durchzumachen, daß der stärkere Theil sich wohl in Acht nehmen sollte, die Sache nicht zu weit zu treiben, denn wenn er auch Herr im Hause bleibt, so könnte er sich durch diese fortwährenden Spannungen das Leben doch ziemlich sauer machen. — Der Preßgesetzentwurf mit dem ungeheuerlichen § 20, der den Preußen als Consolationsbrocken wenigstens den Wegfall der Cautio vorwirft, bietet uns Bayern, die wie auch bisher keine Cautio zu leisten hatten, gar nichts, als die tröstliche Aussicht, unsere Kammern um Geld zu bitten zur Errichtung einiger eigens für Journalisten eingerichteter Gefängnisse. — Denn der § 20 in der Gewalt der eventuellen Schöffengerichte, bedeutet Vogelfreiheit der Redacteure.

München, 11. Juni. [Prinz Kuitpold von Bayern] hat mit seinen Adjutanten sich heute Morgen im Auftrage des Königs nach Berlin begeben, um der Besetzung der Riege des Prinzen Adalbert beizuwohnen.

## Spanien

Madrid. [Ueber die Meuterei in Igualada] giebt der General-Capitän Belarde selbst in seinem an die Regierung aus Pöbla de Claramunt vom 6. Juni gerichteten Entlassungsgesuche folgende Mittheilung:

„Jäger des Bataillons las Navas, ein großer Theil der Bataillone Merida, Madrid, Bergartillerie, Freiwillige von Solsona haben sich in Igualada gestern Abend unter den Auser „Es lebe die Federale! Nieder mit dem General und allen Offizieren!“ meuterisch erhoben. Die Offiziere eilten sofort auf ihre Posten, wurden aber von den Aufständischen mit einer Salve von Schüssen empfangen und geriethen in persönlichen Kampf, wobei mehrere Soldaten verwundet und getödtet wurden. Ich ließ zum Appell blasen, aber Niemand kam, bis bald darauf 200 Gendarmen, eine Compagnie Merida, die Pionniere, zwei Compagnien Jäger von Madrid und bereinigte Soldaten des Bataillons Navas sich einstellten. Mit dieser Colonne bin ich von Igualada ausgerückt, um der Abtheilung des Brigadiers Pabial zu begegnen. Die Flugblätter und Zeitungen haben mir den Einfluß geräunt, dessen ich zur Führung des Oberbefehls bedarf. Ich bitte Sie, mein Gesuch um Entlassung anzunehmen, in dessen ich den Befehl an den stellvertretenden General-Capitän (Pabial) abgebe.“

Die anderen Nachrichten, welche über die für das spanische Heer höchst traurigen Vorfälle eintreffen, bringen wenig erklärende Thatfachen. Schon im Laufe des Morgens gaben sich Zeichen einer gewissen Aufregung in dem Bataillone Navas kund, so daß Belarde einige Vorsichtsmaßregeln anordnete. Abends um 9 Uhr erschien das Bataillon noch ganz vollständig zum Appell, welcher ohne Störung verlief. Nach demselben begaben die Soldaten sich in die Bürgerquartiere, kamen aber bewaffnet zurück und fingen ohne erkennbare Veranlassung an, auf die sich nach Hause begebenden Offiziere zu schließen. Den Soldaten des Bataillons Navas schloffen sich andere des Bataillons Merida an, welche einige Stunden hindurch die Straßen durchzogen und ihr viva la federal! mueran los jefes! abajo los galones! ausstößend die Offiziere anstießen, wo sie diese nur treffen konnten. In der ganzen Stadt knallten die Gewehre; zuletzt führten die Meuterer sogar gegen das Casino, wo sich eine Anzahl von Offizieren versammelt hatte, eine Kanone auf, ließen es aber zum Glück bei den Drohungen bewenden. Der General Belarde bemühte sich, die treu gebliebenen Soldaten zu sammeln, doch folgten dem Appell nur etwa 800 Mann, mit denen er alsdann gegen 2 Uhr Nachts zuerst nach Pöbla de Claramunt marschirte; in Martorell traf er am andern Nachmittag mit dem Brigadier Pabial zusammen. Inzwischen waren etwa 1000 Soldaten, meist Meuterer, in Igualada fast ohne alle Offiziere zurückgeblieben, und die Stadt schwebte in Angst vor schlimmen Ausschreitungen. Doch wurden disciplinirte Truppen bald erwartet, welche Ordnung herstellen sollten. Auch sind von Barcelona Abgeordnete des Gemeinderathes und der Freiwilligen nach Igualada abgegangen, um die Meuterer zu beschwichtigen; sie begleitet der Brigadier Cabreria mit Infanterie und Cavallerie. Es ist weit genug gekommen, daß die Soldaten von allerlei Abgesandtschaften flehentlich gebeten werden müssen, ihre Offiziere gefälligst nicht todzuschlagen.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 9. Juni. [Chislehurst,] das kleine romantische Dorf, in welchem Napoleon III. seinen letzten Athem aushauchte, war am Sonnabend, den 7. d. Mts., die Scene einer interessanten Feier. Die Kaiserin Eugenie legte den Grundstein zu einer neben der jetzigen römisch-katholischen Kirche zu erbauenden neuen Kapelle, welche die endgültige Ruhestätte der Gebeine des verstorbenen Kaisers bilden soll. Die Kaiserin erschien in Begleitung des kaiserlichen Prinzen und ihres Sohnes. Die Ceremonie war sehr kurz und einfach. Pater Gobdard, der katholische Pfarrer von Chislehurst, sprach ein Gebet und besprengte den Stein mit Weihwasser, worauf die Kaiserin mit einer silbernen Kelle und einem kleinen schrägen Hammer den Stein an jeder Ecke berührte. Die Kapelle wird in gothischem Style aus Bathstein

erbaud werden. Die Westseite der Kapelle soll einen der heiligen Jungfrau gewidmeten Altar erhalten und in der Mitte wird der Sarkophag, der die irdische Hülle Napoleons aufnehmen soll — ein Geschenk der Königin Victoria — seinen Platz finden. Das aus polirtem Peterheader Granit gefertigte Grabmal wird die Inschrift „Napoleon III. R. I. P.“ tragen. Das Mausoleum wird eine Länge von 24 Fuß und eine Breite von 12 Fuß erhalten. Die Kosten des Baues trägt die Kaiserin. Am Sonntag empfangt die Kaiserin den Besuch des Prinzen und der Prinzessin von Wales. — Der „Daily News“ zufolge wird sich die Kaiserin Eugenie in Begleitung ihres Sohnes etwa am 12. d. Mts. nach der Schweiz begeben. Ihre Abwesenheit wird sich, wie es heißt, auf zwei Monate erstrecken, aber der Prinz wird einen Monat früher zurückkehren, um seine Militärstudien in Woolwich wieder aufzunehmen.

## Russland.

St. Petersburg, 6. Juni. [Das Domänenministerium und die ländlichen Verhältnisse.] Bekanntlich hat der Kaiser Alexander II. im vorigen Jahre den Staatssecretär Baluff, früher Minister des Innern, zum Minister der Reichsdomänen ernannt. Viele auswärtige Blätter nahmen davon Notiz, in der Voraussetzung, daß damit eine großartige Neuerung im Bereich des Domänenministeriums zu erwarten sei und daß der Kaiser darum einen seiner genialsten und populärsten Staatsmänner zu diesem Zwecke berufen habe. Baluff hat so entscheidenden Antheil an der Realisirung der Freilassung der Bauern (während seiner früheren Stellung als Minister des Innern) gehabt, daß er vor Allen geeignet scheint, auch die fernere Regulirung der ländlichen Verhältnisse zu leiten. Hierin liegt der Grund seiner Ernennung zum Minister der Domänen. Die kaiserliche Regierung hatte die Freilassung der Bauern selbst in die Hand genommen und deren Angelegenheiten mit wohlwollender Fürsorge geleitet. Sie dirigitirte den Verkauf und die Dotirung der Bauern und so gerietzen die ländlichen Verhältnisse aus dem Ressort des Ministeriums des Innern nach und nach in dasjenige des Domänenministeriums. Besonders trat in den bauerlichen Angelegenheiten das Domänenministerium entschieden in den Vordergrund, seitdem der neunjährige Termin, während welchem die Bauern auf den ihnen nach der Freilassung überwiehenen Parzellen unbedingt ausharren mußten, vorüber war. So gestaltet seit Baluffs Antritt des Domänenministeriums dieses Ressort sich zu einem förmlichen Ackerbauministerium. Als Baluff sein neues Ministerium übernahm, begann er vor Allen Dingen mit der Klarstellung des jeweiligen Zustandes der bauerlichen und ländlichen Verhältnisse in ganz Rußland. Zu diesem Zwecke wurden die Chefs aller Gouvernements, die Adelsmarschälle, die Vorsitzenden aller ländlichen Gesellschaften aufgefordert, genaue Berichte über ländliche und bauerliche Verhältnisse an eine unter dem Domänenminister tagende Commission einzusenden. Besonders mußte in diesen Berichten auf Alles Rücksicht genommen werden, was zum Aufschwung der Landwirtschaft und des ländlichen Wohlstandes beitragen könnte. Außerdem delegirte der neue Domänenminister während des Sommers 1872 eine Anzahl Ministerialbeamte ab, um gewisse Districte zu bereisen und dabei an Ort und Stelle die nöthigen Beobachtungen zu machen, und die gewonnenen Erfahrungen zu verzeichnen. Das Resultat der Aufforderungen des Domänenministeriums war ein unerhört colossales. Es kamen Berichte von nicht weniger als 958 Personen und Behörden, und zwar aus 40 Gouvernements und 256 Kreisen. Diese colossale Masse von Berichten erforderte eine entsprechend großartige Thätigkeit des Ministeriums der Reichsdomänen. Um über die verschiedenen Anschauungen, welche die Berichte beihielten, von allen Seiten Aufklärung zu erlangen, hat das genannte Ministerium über 180 Personen aus allen Ständen und Stellungen berufen und von ihnen auf vorgelegte Fragen über 3303 Antworten und Gutachten erhalten und registirt. Das Alles geschah in kaum sechs Monaten, denn die Specialcommission war am 26. Mai 1872 errichtet und schon am 21. November begann sie über das eingeholte Material zu deliberiren. Die Specialcommission hielt zwischen dem 21. November 1872 bis 24. April 1873 etwa 51 Sitzungen und hatte mit der Vorbereitung einer bezüglichen Relation ihre Aufgabe, zu welcher sie eingesetzt war, erfüllt. Die „Relation“ dieser von Baluff dirigirten Commission ward jetzt veröffentlicht und sie bildet mit ihren Beilagen ein Werk von 4 Folioabänden mit 2500 Seiten. Dieses riesenhafte Material bietet außerordentlich reichhaltige Daten über das steigende Gedeihen Rußlands seit der Aufhebung der Leibeigenschaft. Im Jahre 1852 beliefen sich die Staatseinnahmen Rußlands auf 280 Millionen, im Jahre 1862 auf 310, aber im Jahre 1872 auf 467 Millionen. Die Ausfuhr betrug 1852 — 100 Millionen, 1862 — 160 Millionen, aber 1872 — 352 Millionen, — hatte sich in den letzten zehn Jahren also mehr als verdoppelt. Vor Allem beweist die Steigerung der Staatseinnahmen um 167 Millionen während der letzten 10 Jahre, wie segensreich die Emancipation auf die Hauptmasse der Bevölkerung gewirkt und wie sie deren productive Kräfte gesteigert. Mit diesen Daten sind diejenigen Pessimisten, welche auf Verfall der Landwirtschaft bei uns schließen wollten, vollständig widerlegt. Es ist freilich wahr, daß gerade an Feiertagen und namentlich in den Wochen, wo Kirchenfeste besonders zahlreich sind, die Trunksucht sich sehr breit geltend macht. Es zeigt sich jedoch, daß die Trunksucht vor Allem aus feiertäglicher Langeweile, in Ermangelung der Fähigkeit, sich würdiger zu unterhalten, hervorgeht. Trotzdem hat sich der Zahrebeitrag aus den Producten des Ackerbaues im Jahre auf durchschnittlich 1,392,136,000 Rubel gesteigert: es wurde somit eine Durchschnittszunahme des jährlichen Bodenertrages um 30 Procent constatirt. Daraus folgt, daß die Erreife der Trunksucht sich nicht bis zur Schädigung der Landwirtschaft gesteigert. Doch muß durch Schulbildung, Vermehrung der Lehrer energigig vorgegangen werden, und das geschieht auch in vollem Maße — vor Allem durch die Provinzialstände und vielfach auch durch die Initiative der Gemeinde selbst. Nach der enormen Thätigkeit, welche das Domänenministerium schon bis jetzt entfaltet hat, läßt sich erwarten, daß auch eine ausgiebige und gedeihliche Benutzung des weltwichtigen Materials statifinden wird.

## Provincial-Beitrag.

Dreslau, 11. Juni. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] In der gestern Abend im „Café restaurant“ abgehaltenen Ausschusssitzung wurde an Stelle des aus dem Ausschusse ausgetretenen Obmanns, Herr Partituller Müller, Herr Apotheker Müller in die Vereinsverwaltung gewählt. Dann berichtete der Vorsitzende, Herr Professor Dr. Carstadt über die Ausführung des jüngst gefaßten Beschlusses, um Auswirkung eines billigeren Entres für Mitglieder in den zoologischen Garten geschickenen Schritte, welche wohl einen günstigen Erfolg hoffen lassen. Eingegangen war eine Einladung des Vorstandes des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ zum Beitritt des Humboldt-Vereins in den Verein, beziehungsweise zum Abonnement auf die Zeitschrift des genannten Vereins: „Der Arbeiterfreund.“ Ein Antrag auf Annahme der Einladung wurde indeffen in Rücksicht darauf, daß die Haltung des Blattes eine reine Fachtendenz befunde, und auf die dem „Humboldt-Verein“ für die Bibliothek zu Gebote stehenden geringen Mittel einstweilen abgelehnt. Die nächste Monatsversammlung wurde auf Mittwoch den 25. angesetzt, und deren Tagesordnung berathen. Sie soll außer den üblichen Mittheilungen aus einem Vortrag bestehen, den früher Herr Dr. med. Berger zugestimmt hatte, aber nun durch bevorstehende Abreise zu halten verhindert ist. Der für denselben



eintretende Vortragende wird dem Vorsitzenden seine desfallsige Mittheilung rechtzeitig zugeben lassen, um den Vortrag noch anzeigen zu können. Ein Antrag, den Mitglieder im Laufe des Sommers durch Belehrung eine Gelegenheit zum Zusammenhalten zu gewähren, führte zur Besprechung anzustellender Erörterungen in wissenschaftliche und andere gemeinnützige Institute, das Wasserbehälter, Ermäßigung des Eintritts in die Kunstausstellung, wofür der Vorsitzende, Herr Dr. Hulwa und Herr Priebatsch und Herr Uggan an den betreffenden Stellen zu wirken versprochen. Außerdem wird noch Fragebeantwortung auf die Tagesordnung der nächsten Monatsversammlung kommen. Die in dem früheren „Humboldt-Verein“ von Dr. Hofmüller eingeführte, aber mit dessen Tod eingelebten Wanderversammlung wieder zu erneuern, hielt die Majorität nach Entfallen der „Berliner Gesellschaft für Volksbildung“ zu deren Mission gehörig, indem man sein Augenmerk mehr auf Förderung des hiesigen Vereins zu richten für notwendig hielt.

\* [Angekommene Fremde.] Staatsrath v. Berg aus Ralsch, Graf v. Beust, Oberhofmarschall, aus Weimar.

Grünberg, 8. Juni. [Zur Tagesgeschichte.] Auf Veranlassung des Gewerbe- und Gartenbau-Vereins und des Vereins Merkur sandte die „Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung“ in Berlin einen ihrer Wanderlehrer, den Dr. Lindwurm, hierher, und hielt dieser bekannte Redner im Rüngelschen Saale einen Vortrag über die flautwirtschaftliche Seite der sozialen Frage, welcher von dem zahlreichen Auditorium mit regem Interesse und Beifall aufgenommen wurde. Außerdem war in dem hiesigen Saale von Seiten der Socialdemokratie eine Versammlung der hiesigen Mauer zu einem Vortrage des Agitators Lange aus Berlin anberaumt worden; es hatten sich wohl gegen 200 Personen eingefunden; da aber der Lange gar nicht eingetroffen war, so trennte sich die Versammlung nach stundenlangem Warten unter theilweise großer Erbitterung. In voriger Woche beglückte auch die Socialdemokratie unsere Nachbarstadt Züllichau mit einigen ihrer reisenden Senbotten. Die Versammlung war von Bürgern der Stadt stark besucht, entbehrte aber ganz anders, als die Veranstalter erwartet hatten. Der Prediger des dortigen Pädagogiums trat in einer Rede den Ausführungen der Socialdemokraten mit aller Entschiedenheit entgegen und forderte schließlich die Anwesenden zu einem Hoch auf Kaiser Wilhelm auf, in das die Versammelten jubelnd einstimmten. Die Agitatoren fanden es hierauf am Gerathesten, sich still zu entfernen. — Dem Hausbälter im „grünen Baum“ wurden in der Nacht vom 30. bis 31. v. M. mittels Einbruchs verschiedene Kleidungsstücke gestohlen; der Polizei ist es gelungen, den Dieb in der Person eines schon vielfach bestraften Arbeiters aus Drenkau zu ermitteln und zu verhaften. — Auf die erneuerte Vorstellung des Tuchmachergewerkes betreffs des an seinem Grundstücke zu bauenden Zaunes (vergl. 1. Beilage Nr. 219 v. Jg.) machte man sich in der letzten Stadtverordneten-Versammlung dahin schlüssig, daß statt des vom Magistrat vorgeschlagenen aufzuführenden Bretterzaunes eine die projectirte Fluchlinie vollständig inne zu haltende massive Grenzmauer auf Kosten der Commune aufgeführt werde. Im Falle die Innung dort später ein Haus bauen will, ist die Commune gehalten, die Mauer niederzulegen; das Material aber behält sie als Eigentum. — Bei der fortgesetzten Milderrevision durch die hiesige Polizei-Inspection hat sich ergeben, daß reine Milch mit 17° Gewicht nur von dem Dominium Schweinitz zum Verkauf gebracht wird; die Milch der Händler hatte nur 15° Gewicht. Unterläufige Milch wurde nicht vorgefunden. — Es ist jetzt mehrfach hier bei Nachtzeit großer Unfug verübt worden. Dem Barbier W. wurde das Schild gewaltsam von der Mauer abgerissen und an einem andern Hause angebracht; dem Posamentier S. wurden sämtliche Fensterheben durch Steinwürfe zertrümmert, dem Kaufmann A. ist in seinem am Bahnhof belegenen Garten ein Zylinderbecken vollständig zerstört worden; dem Gärtner Sch. wurde die Gartenthür erbrochen und an den Ausfahrten, Frühbeeten und Gurkenanlagen großer Schaden angerichtet; ebenso wurden auf dem Kirchhofe von den Gräbern Blumen abgeschnitten und entwendet; da die Beschädigten Belohnungen auf die Entdeckung der Thäter aussetzen, so sind sie fast sämmtlich ermittelt und haben ihrer gerichtlichen Bestrafung, oder haben durch beträchtliche Geldopfer die betreffenden entschädigen müssen. — Nach dem von Herrn Oberlehrer Maßhöf erstatteten Berichte hatten sich zwar im Herbst v. J. 60 Lehrlinge zu dem Winterkursus der Handwerker-Fortbildungsschule gemeldet, jedoch nur 36 bis zu Ende ausgehalten; der Zeichnenunterricht, der das ganze Jahr hindurch erteilt wird, wurde durchschnittlich von 24 Zeichnern besucht. Die städtischen Behörden hatten 50 Thlr. zu Prämien bei der diesjährigen Prüfung bewilligt, so daß alle anwesenden 36 Schüler, und auch mehrere der Zeichnenklasse, mit Prämien, welche in Sparkastenbüchern mit Einlagen von 1—3 Thlr., Zeichengeräthe und Büchern bestanden, bedacht werden konnten. — Die hiesige Volksbibliothek, errichtet von dem Gewerbe- und Gartenbau-Verein, ist nun wieder jeden Sonntag um 1 Uhr im Locale von Engel für jeden Einwohner der Stadt, welcher sich nach den im Katalog vorgeordneten Bedingungen richtet, zur unentgeltlichen Benutzung offen. Sie ist im vorigen Jahre in Folge einer Bewilligung der städtischen Behörden durch Werke von Bos, Hauff, Jean Paul, H. v. Kleist, Musäus, Cellert, Goldsmith, Ardenholz u., sowie durch populär-wissenschaftliche und gewerbliche Schriften, wie Lehr praktische Geometrie, Rag Geometrie für Künstler und Handwerker, Rudolff Grundriß der Chemie, Kobl Schule der Mechanik und Maschinenkunde, Kobl Spinnerei und Weberei, Stödel Tischlerkunst, König Schlosserkunst, Witten's Topferei, Richterberg Seifenfabrikation, Barbus Kunst des Böttchers, Weiss Fleischergeheft, Enprino Einmachen der Früchte u. A. m. auf 508 Bände vermehrt worden.

+ Glogau, 9. Juni. [Die Philologen-Versammlung.] Am 7. und 8. Juni tagte in hiesiger Stadt die 6. Versammlung Schlesischer und Lausitzischer Gymnasial- und Realschullehrer. Die in der Aula des Königl. evang. Gymnasiums stattgefundene vorbereitende Versammlung eröffnete der Director des katbol. Gymnasiums Herr Dr. Wenzel mit einigen begrüßenden Worten. Es konstituirten sich durch Namensunterstützung folgende höhere Unterrichtsanstalten als Vertreter: 1) Königl. Realschule I. Ordnung Reichenbach in Schl., 2) Städt. Realschule I. Ordnung Grünberg, 3) Höhere evang. Bürgerschule Guben, 4) Städt. evang. Gymn. Waldenburg, 5) Städt. evang. Gymn. Sorau N.-L., 6) Königl. evang. Ritter-Akademie Liegnitz, 7) Städt. evang. Gymn. Liegnitz, 8) Städt. evang. Gymn. zu St. Maria Magdalena Breslau, 9) Königl. kath. Gymn. Glogau, 10) Königl. evang. Gymn. Glogau, zusammen 50 Vertreter. Unter denselben bemerkten wir von Auswärts die Herren: Director Dr. Giersemann, Oberlehrer Dr. Binzger, Titius, sämmtlich aus Reichenbach; Director Frische, Prorektor Mathaei, Dr. Hamann, Dr. Kühn, Dr. Nordmeyer, Dr. Walther, sämmtlich aus Grünberg; Director Dr. Lunbely aus Guben; Oberlehrer Dr. Hofed und Professor Herz aus Breslau; Dr. Monse, Pfug, Dr. Storch aus Waldenburg; Oberlehrer Strube aus Sorau; Dr. Gebhardt, Dr. Pfudel, Dr. Kappe, Dr. Friebe, Jenner, Gent, Janber und Dr. Gütting, sämmtlich aus Liegnitz. Der Vorsitz wurde dem Herrn Director Dr. Wenzel übertragen, das Schriftführeramt dem Herrn Dr. Mebes (Königl. evang. Gymn.) und dem Herrn Dr. Scholz (Königl. kath. Gymn.) Nach Festlegung der Tagesordnung wurde Breslau als Ort für die nächste Versammlung bestimmt. Es entspann sich darauf eine lebhafte Debatte über die Zeitungsnachrichten in Betreff des Servitutesgesetzes für die Lehrer höherer Unterrichtsanstalten. Das Bureau, verstärkt durch die Herren Dr. Frische (Director der Realschule in Grünberg) und den Religionslehrer am hies. kath. Gymnasium, Herrn Scintianen Langer, wurde beauftragt, der Hauptversammlung eine betreffende Resolution auszuarbeiten. Das gemüthliche Zusammenfinden am Abend in der Vorstadt-Brauerei statt und documentirte den Geist echter Collegialität. Die Hauptversammlung begann am Sonntag 11 Uhr in der Aula des Königl. evang. Gymnasiums, Herr Dr. Mebes referirte über die inzwischen eingegangenen Nachrichten resp. Beschlüsse der Brandenburger Provinzial-Lehrer-Conferenz in Frankfurt a. O. und über die in Eilsitz angenommenen Resolutionen. Er las darauf die von ihm verfaßten und von dem Bureau angenommenen Resolutionen vor, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. Diefelben lauteten wörtlich:

Resolution I. Die in Groß-Glogau tagende Versammlung Schlesischer und Lausitzischer Gymnasial- und Realschullehrer hat in Erfahrung gebracht, daß die Provinzial- und Kreis-Schullehrer in Breslau einen allgemeinen Protest gegen alle diejenigen Bestrebungen vorbereiten, welche nach Zeitungsnachrichten und in Uebereinstimmung mit der C.-B. vom 7. Nov. 1848 dahin zielen, die pro fac. doc. geprüften und an höheren Unterrichtsanstalten angestellten Lehrer mit den Subalternbeamten in gleichen Rang zu klassificiren. Die oben bezeichnete Versammlung ist einstimmig der Ansicht, daß durch solche Bestrebungen die Standesehre der betreffenden Lehrer in trübender Weise verletzt wird, daß dieselben erst nach mindestens ebenbürtigen Universitätsstudien und mit wahrlich nicht geringer Mühe und geistiger Arbeit zu ihrem hohen Berufe, dem Vaterlande tüchtige Bürger zu erziehen, gelangen können als die andern Berufsstände, zu denen die Universitätsstudien berechtigen. Die Versammlung hat demnach erklärt, sich hierdurch dem oben angebeuteten Protest unbedingt anschließen zu wollen, den mit anwesenden Vertreter Breslaus, Herrn Oberlehrer Dr. Hofed, ermächtigt, diese Erklärung dem betreffenden leitenden Persönlichkeiten in Breslau kund zu geben und bei denselben dahin zu

wirken, daß alle Lehrerkollegien der Provinz Schlesien, die von diesem Schritte noch keine Kenntniß haben, davon schnellst möglich benachrichtigt und aufgefordert werden, sich diesem Proteste gemeinsam anzuschließen.

Resolution II. Die in Groß-Glogau tagende Versammlung Schlesischer und Lausitzischer Gymnasial- und Realschullehrer beschließt, Herrn Director Heine in Breslau zu ersuchen, von Breslau aus und womöglich schon in diesem Jahre die Gründung eines Provinzial-Lehrer-Bundes anzuregen resp. anzubahnen. In diesem zu stiftenden Provinzial-Lehrer-Bunde können nach Meinung der Versammlung alle pro fac. doc. geprüften und in Schlesien angestellten Lehrer als Mitglieder participiren. Ein sofort zu wählender Vorstand dieses Provinzial-Lehrerbundes hat alljährlich wiederkehrende und wenn nöthig, außerordentliche Versammlungen auszusprechen, in welchen die Teilnehmer des Bundes nicht nur wissenschaftliche und gesellschaftliche Anregung, sondern auch Vertretung, Wahrung und Förderung ihres Standes und ihrer materiellen Interessen finden können.

Es folgten hierauf die angekündigten Vorträge des Herrn Director Dr. Hasper (eb. Gymn.) über die neuesten Entdeckungen auf den Feldern von Troja und des Herrn Professor Dr. Uboldy (kath. Gymn.) über Leibniz und Newton in ihrem Verhältnis zur Entdeckung der Differenzial-Rechnung; es wurde klar nachgewiesen, daß dem deutschen Forscher der Ruhm der Entdeckung gebühre. Beiden interessanten Vorträgen wurde der Dank der Versammlung durch Aufstehen von den Seiten des Vorstands über den als höchst wichtig anerkannten Antrag des Herrn Dr. Mebes (eb. Gymn.), welcher dahin lautet: „Die Versammlung erkennt es als wünschenswerth an, daß der Haupt-Unterricht in allen höheren Unterrichtsanstalten Schlesens auf die Vormittagsstunden von 8—1 Uhr resp. von 7—12 Uhr verlegt, der Nachmittagsunterricht nur die technischen Fächer (wie Singen, Schreiben, Zeichnen u.) behandeln dürfe,“ — wegen Kürze der Zeit vertagt werden. Ein gutes Diner vereinigte die Teilnehmer um 1½ Uhr in den Räumen des Schießhauses. Von den mancherlei Toasten erwähnen wir nur die offiziellen, den des Herrn Director Dr. Wenzel auf Sr. Majestät den Kaiser und König, den des Herrn Director Dr. Hasper auf den mitanwesenden Universitäts-Professor Herrn Dr. Herz, „einen König der Philologie“, welcher den Versammelten stets sein höchstes Interesse geschenkt hat, den des Herrn Rector Lunde aus Guben auf Dr. Jagend, den des Herrn Dr. Mebes auf die erschienenen Gäste. Letzterer wurde in geistreicher Weise von Herrn Professor Herz durch ein Hoch auf die neben ihm sitzenden Könige (Dr. Wenzel und Dr. Hasper) und auf die hiesigen Lehrer-Collegien beantwortet. Nachdem noch dem Local-Comité und seinem „Könige und Hauptmann“ Herrn Dr. Mebes eine Ovation gebracht worden war, fanden die erwiderten Worte des Letzteren den allseitigen Beifall; er wünschte, daß die letzten Tage und Stunden ein enges und festes Band der rechten Collegialität um die beiden hiesigen Gymnasien zu ihrem beiderseitigen Segen und geistlichem Nutzen schließen mögen. So verließen die kurzen Stunden in heiterer und geistreicher Weise, und die fremden Gäste folgten nur ungern der Bahnhofsglocke, die sie aus unserem gastlichen Orte in ihre Heimath zurückerief.

± Aus der Grafschaft Glatz, 9. Juni. [Nach ein Stück Leichtgläubigkeit.] Daß zu den mancherlei landwirtschaftlichen Reise-Eindrücken der Humor nicht fehle, finden wir auf dem Wege „von Frankenstein“ hierher „ein Gerücht verbreitet und, was das Tollste dabei ist, allgemein geglaubt, daß den besten oberösch. Geschichten vom neuen bethlehemitischen Kindermord u. in nichts nachsteht. Es wird erzählt (und zwar, notabene, läuft diese vor Jahren schon ausgespielte Sage jetzt in zweiter Auflage um), eine sehr vornehme Dame habe ihre Kammerfrau umgebracht, natürlich auf möglichst romantische Weise. Da ihr nun doch der Proceß deswegen nicht gemacht werden könne, so habe sie — eine Lotterie unternommen, folgender Art: Jeder, der ein Loos nimmt, erhält 50 Thlr. (das ist angemessener, als bei der Landeslotterie, wo man vielmehr 50 Thlr. bezahlen muß); aber (nun kommt auch das Unangenehme) er riskirt dabei allerdings seinen Kopf. Denn wenn bei der Ziehung das Loos trifft, der ist verpflichtet, sich statt der Damen hinrichten zu lassen, mit dem beruhigenden Bewußtsein, daß seine Angehörigen mehrere tausend Thaler empfangen. Und das Gerücht schwebt nicht etwa phantasmagorisch in der Luft, sondern festet sich an eine ganz bestimmte Persönlichkeit. Wo man auch fragt: nun Kinder, was ist denn an der Geschichte? — da bekommt man zur Antwort: Ja, ja, die ist wahr! — Welche Rechtsvorstellungen, welcher Stoff zu Reflexionen! Nun, man weiß, daß noch vor ganz kurzem, sich an ganz bestimmte Personen der Glaube festsetzte, der vielleicht heute noch besteht: sie müßten, weil sie von der Todesstrafe für einen begangenen Mord sich losgekauft, Zeilebens einen Strid um den Hals tragen, und alljährlich kommen die Scharfrichter einmal zur Revision, ob der Strid auch an seiner richtigen Stelle sitze, und müsse dafür ein gutes Douceur in Empfang nehmen.

s. Waldenburg, 11. Juni. [Erklärung des hiesigen Lehrervereins.] Der geschäftsführende Ausschuss des Provinzial-Lehrervereins ersucht die Zweigvereine, ihre Nichtzustimmung zu der von dem Zweigvereine Parchwitz zur Beschlußfassung gestellten These, nach welcher der genannte Verein „es mit den Zwecken des Provinzial-Lehrervereins nicht für vereinbar hält, daß ein Seminarlehrer Redacteur der „Schlesischen Schulzeitung“ sei“, zu erklären und thut dies in der Mittheilung, daß Seminarlehrer Riesel die Redaction der „Schulzeitung“ weiter fortführen würde, wenn ihm auf die bezeichnete Weise Genugthuung zu Theil wird. In Folge dieser Aufforderung hat der hiesige Lehrerein in seiner getrigen Sitzung beschlossen, zu erklären, daß die in jener These ausgesprochene Ansicht als ein Gegenstand zu betrachten sei, dessen Erleuchtung nur dem Parchwitzer Verein und Herrn Riesel obliege. — Dem fand hier die Vereingung und Beirung der seit Ostern an der ev. Stadtschule angestellten Lehrer Rinalda, Haude und Fiebig durch den Schullehrer Pastor Heilmann statt.

△ Briesg, 9. Juni. [Bienenzüchterverein.] Gestern hielt der hiesige Bienenzüchterverein seine erste diesjährige sehr zahlreich besuchte Wanderversammlung bei dem Bienenstande des Tischlermeister Peisker zu Rosenbach hies. Kreises ab, woselbst außer dem Königl. Landrath von Neuf aus Lössen und Dr. Dzierzon aus Carlsmarkt auch Gäste aus Breslau und den Kreisen Ohlau, Falkenberg und Neutadt erschienen waren. Bezeichneter Bienenstand kann aber auch Jedem als ein sehr werthvoller Musterbienenstand empfohlen werden. Die große Mannigfaltigkeit der äußerst geschmackvoll ausgestatteten Bienenwohnungen, die sich um einen großen Bienenpavillon reihen und jedem Kunstgärtler zur Zierde gereichen würden, herrliche mit Glaswänden versehene Beobachtungshütten, eble Bienenrassen (circa 80 Vögel) zeugten von kunstgeübter Hand und höchst praktischem Betriebe. Nach durchgehender Besichtigung der Stöde eröffnete der Vereins-Vorsitzende Rector Löber aus Briesg die mündlichen Verhandlungen, begrüßte die werthen Gäste und forderte die Versammlung zu einem dreifachen Hoch auf den Großmeister der Bienenzucht, Dr. Dzierzon, auf. Alsdann referirte der Vorsitzende über neu erfundene Honigschleudern und Luntentopfen, über Ueberbölterung, Verklärung durch Brutwaben, Ädten der Königin, Drohenbratigkeit und den Nachtheil zu großen Honigvorräthen im Stock, überall die Debatte einleitend, an welcher sich auch Dr. Dzierzon lebhaft betheiligte. Particulariter Theilnehmer erstattete dann als Delegirter des Vereins Bericht über die Generalversammlung zu Breslau, welche aber in ihren Resultaten den geglegten Erwartungen nicht sehr entsprochen haben soll, da auch die dort von hier aus gestellten Anträge resultatlos im Sande verlaufen sind. Der Vorsitzende tröstete die Versammlung jedoch mit der Erfahrung, daß mit einer Streiche keine Eiche falle. Ein humoristisches Festspiel erhöhte die frohe Stimmung, die des Wirthes große Gastfreundschaft bereits hervorgerufen hatte und zu mehrfachen Toasten Gelegenheit bot.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 9. Juni. [Ursachen des Hagels.] Wie man in Westpreußen das Volk systematisch zu verdammen sucht, ersehen wir aus der neuesten Nummer des in Pöplin erscheinenden „Diegrym“ (Wigrim). Er genirt sich nicht seinen Lesern, welche größtentheils dem Bauernstande angehören, zu sagen, daß der liebe Gott in den letzten Jahren deshalb so viele Hagelwetter über den Kulmer Kreis hat hingehen und durch sie die Felder verheeren lassen, weil seine Bewohner, mit Ausnahme derer aus der Gemeinde Kasin, seit längerer Zeit die Wallfahrten zum wunderthätigen Muttergottesbilde in Łąkowo unterlassen haben, wozin viele Pilger aus anderen Gegenden, ja sogar aus dem benachbarten Polen kommen. Auch im Posenischen finden die Geistlichen, daß es besser sei, eine oder gar einige Messen für Geld natürlich lesen zu lassen und Gott um Ableitung der Hagelwolke auf die Felder der lieben Nachbarn zu bitten, als sich in protestantischen und freimaurerischen Gesellschaften zu versichern. (Dsd. 3.)

Posen, 10. Juni. [Die Gnadenorte in der Provinz Posen.] Im „Tygodnik katolicki“ theilt ein himmlischer Bauernfänger sämmtliche Gnadenorte des ehemaligen Königreichs Polen mit, wel-

ches vor allen andern Ländern der Welt mit solchen gesegnet ist, und zwar wohl nur deshalb, weil hier der Bauer und Knecht bereitwillig sich die Taschen leeren läßt. Unsere Provinz ist gar nicht schlecht bedacht mit Gnadenorten. Die Diöcese Gnesen allein besitzt hier wunderthätige Muttergottesbilder und zwei solcher Jesufiguren, von denen eine in Gryn, der bis vor kurzem noch die Haare wuchsen, so daß sie alljährlich geschnitten werden mußte. Das heilige Haar (gewöhnlich in Polen gekauft), wurde den Bauern für bares Geld abgelassen. — Die Diöcese Polen 9, sage neun, wunderthätige Muttergottesbilder, von denen besonders die in Gostyn, Görden und das fröhlich hüpfende in Tulce ausgezeichnet sind. Warum der „Tygodnik katolicki“ das so wunderthätige Gnadenbild im Dombrowa nicht aufgeführt hat, können wir nicht begreifen. Sollte es etwa aufgehört haben, wunderthätig zu sein, seit das Dorf in den Besitz des Protestantischen Herrn v. Tempelhof übergegangen ist? Wir glauben ein Verdienst um die wunderthätigen Muttergottesbilder dadurch, daß wir die Aufmerksamkeit der Redaction des „Tygodnik“ auf das in Dombrowa lenden, erworben zu haben. Wunderthätige Heilande sind in der Diöcese Posen auch zwei; dafür haben wir aber einen wunderthätigen Apostel Jacobus in Sandberg bei Scharfenort. Bemerkenswerth ist, daß in der Diöcese Gmeland nur ein einziger Gnadenort, nur eine wunderthätige Gottesmutter in Linde ist. Das Volk scheint dort schon etwas klüger zu sein. (Dsd. 3.)

[Die Trauung des Fürsten Clary mit der Prinzessin Radziwill] in Antonin wurde am 29. d. M. durch den Herrn Erzbischof Grafen Ledochowski vollzogen. Wie die „Dz. P.“ erzählt, war derselbe erkrankt, nicht in Begleitung des Herrn Prälaten Rozmian nach Antonin gekommen, und deshalb assistirte ihm auch bei der feierlichen Handlung der Herr Prälat Daniewski.

...r. Poln.-Lissa, 8. Juni. [Zur Tageschronik.] Das Project der Communal-Simultan-Schule ist ins Wasser gefallen. Von den Repräsentanten der confessionellen Schul-Societäten haben nur die jüdischen Angehörigen die Reformmaßregel mit überwiegender Majorität gutgeheißen, jedoch mit der Cautele, die Verwirklichung erst nach Aufhebung der Wahl- und Schlichteuer eintreten zu lassen, um zu überlegen, ob alsdann auch die mit dem Reformprojecte unermüdlich betätigten großen Geldopfer zu ertragen sein werden. Im Princip, wie erwähnt, erklärten sich dieselben mit dem Projecte freudig einverstanden; die evangelischen Repräsentanten gaben nur 2 Stimmen für die Reform ab, während die katholischen dieselbe einstimmig ablehnten. Wir sind dadurch wieder um eine Hoffnung ärmer geworden, wollen jedoch auf der anderen Seite das bedeutende Gewicht des Geldpunktes keineswegs verkennen und der Zukunft vertrauen! — Die diesjährige zweite Schwurgerichtsperiode beginnt unter Leitung des Herrn Kreisgerichtsdirectors Woißkizig aus Grätz am 16. d. M. — Eine sehr umfangreiche Tagesordnung wurde in gestriger Stadtverordneten-Sitzung abgemittelt. Der Magistrat proponirte zunächst eine Aenderung des Namens unserer Stadt „Polnisch-Lissa“ in „Groß-Lissa“ oder „Lissa“. Die hiesigen klüppelnde Debatte erreichte einen hohen Grad von Lebhaftigkeit; man vermochte nicht den Nutzen der beabsichtigten Aenderung einzusehen, gab vielmehr der Beschränkung Ausdruck, selbst wenn regierungsförmig der Aenderung zugestimmt würde, daß eine zu vielfachen Unzuträglichkeiten führende Verwirrung entstehen müßte. Die Versammlung lehnte die desfallsige Vorlage daher einstimmig ab. — Vor einiger Zeit hat der unbefolgte Stadtrath Christmann freiwillig demissionirt; die Gründe dieser Amtsniederlegung sind Ihrem Referenten unbekannt, deshalb entzieht sich dieser Umstand am besten der Besprechung. Bei der heutigen Neuwahl erteilte die Versammlung dem Herrn Christmann jedoch ein großes Vertrauensvotum, indem sie denselben mit bedeutender Majorität wiederwählte. — Seitens des Herrn Landraths v. Unruhe-Domst war der hiesigen städtischen Verwaltung das Ansuchen gestellt, da nach der Ueberzeugung desselben die Eisenbahn-Direction unannehmlich mit dem Baue der Bahn Lissa-Weitzschen vorgehen wird, dem Unternehmen förderliche Unterstützung zu leisten. — Der Magistrat schlägt der bürgerlichen Vertretung deshalb die unentgeltliche Hergabe des städtischen Bau-Zerrains vor. Die Stadtverordneten-Versammlung, entschlossen, das untern Verlehrs-Interesse so wichtige Verbindungsgeleise ihrerseits zu fördern, lehnt zwar den Vorschlag des Magistrats ab, weil die Tracen zur Zeit nicht erkennen lassen, wieviel an städtischem Grund und Boden herzugeben sein werden, beschließt aber, solchen im Werthe von 2000 Thlr. unentgeltlich herzugeben oder sich mit einer Actiendeckung von 4000 Thlr. bei dem Unternehmen zu betheiligen. — Die bis vor etwa 1 Jahre bestandene freiwillige Feuerwehre ist aufgelöst und ein neues Institut mit obligatorischer Betheiligung aus der Bürgerchaft an dessen Stelle getreten. Der Stadtverordnete Raubut stellt den Antrag, als ein Glied des neuen Instituts, denselben eine freiwillige Feuerwehre in Stärke von 100 Mann anzureihen, da das Material hierzu ausreichend vorhanden sei und von den Vorstandsmitgliedern der aufgelösten Feuerwehre hierbei die ersprißlichsten Leistungen zu erwarten stehen. — Auch der Magistrat verbieth sich hiergegen nicht abweichend und sagte für die nächste Sitzung seine Meinungsäußerung zu. — In geheimer Sitzung wurde die vom Magistrat gemachte Vorlage wegen des Services für die städtischen Beamten mit etwa 700 Thlr. behandelt; wie wir hören, wurde dieselbe wegen der vorjährigen Gehaltsverbesserungen auf Vorschlag der Finanzcommission abgelehnt und soll die Angelegenheit der Staatsberatung für das nächste Jahr vorbehalten bleiben.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

	Junii 11. 12.	Nachm. 2 U.	Morg. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 43	330 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 64	329 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 83	
Luftwärme	+ 16 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 6	+ 12 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 2	+ 10 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 9	
Wasserdruck	3 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 89	4 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 28	4 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 47	
Luftfeuchtigkeit	48 pCt.	75 pCt.	87 pCt.	
Wind	NO. 1	NO. 1	S. 1	
Wetter	heiter.	wolfig.	wolfig.	
Wärme der Ober		7 Uhr Morgens	+ 13 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 2	

Breslau, 12. Juni. [Wasserstand.] D.-P. 16 F. 5 Z. U.-P. 2 F. 9 Z.

[Die Breslauer Wechsel-Bank] veröffentlicht nachstehende Erklärung:

An heutiger Börse wurde von böswilliger Seite das Gerücht colportirt, daß die Breslauer Wechsel-Bank bei der Hypothekar-Kreditbank in Wien mit circa einer Million Thaler engagirt und angeblich mit dem Verluste dieses Capitals bedroht sei. Dem gegenüber möge zur Verabfolgung unserer Actionäre die Erklärung genügen, daß die Breslauer Wechsel-Bank mit jenem Wiener Institut lediglich wegen Uebernahme der von ihm emittirten Pfandbriefe in geschäftlicher Beziehung steht, daß die Breslauer Wechsel-Bank auf jenes Geschäft hin der Hypothekar-Kreditbank noch einige Tausend Thaler schuldet und daß zum Zweck der Einlösung des am 1. Juli c. fälligen Coupons jener Pfandbriefe, welche nach der in neuester Zeit erfolgten sorgfältigen Prüfung durchweg durch Unterlage von Hypotheken ungewiselter Bonität bedeckt sind, von der Hypothekar-Kreditbank der ganze dazu nöthige Betrag vorher baar remittirt worden ist. Der gegenwärtige eigene Bestand von Wiener Silber und Silber-Pfandbriefen beträgt zusammen ca. 18,000 Thaler.

Daher muß jenes oben erwähnte Gerücht als ein durchweg erfundenes und böswillig erlogenes bezeichnet werden.

Breslau, den 11. Juni 1873.

Breslauer Wechsel-Bank.  
Friedländer. Arndt.

Berlin, 11. Juni. Die heunruhigenden Gerüchte, welche sich über die Wiener Verhältnisse hier täglich erneuern und von denen immer und immer wieder ein Theil sich bewahrheitet, belasten unsern Platz und zwingen ihn zu Reflexionen über die Lage des eigenen Marktes, aus denen im glücklichsten Falle das Gebot der Geschäftsbekämpfung resultirt. Heute begnügt sich die Börse nicht mit dieser Unthätigkeit, sie war vielmehr auf einzelnen Gebieten und hierzu zählen namentlich Renten, nicht frei von Bedrückungen, die in Verkaufsforten sich Luft machten. Der Gesamt-Charakter des Tages blieb indeß auch heute ein lustloser, der, je länger er anhält, naturgemäß Coursrückgänge als Begleiter sich zulegen muß. Wir haben deshalb auf dem Speculationsmarkte die noch einigermaßen belebten österreichischen Creditactien zur niedrigsten gezeigten Notiz einsehen und sich noch um einige Thaler brühen, ganz zuletzt erholten sie sich wieder, ohne den Anfangspreis zu erreichen. Es ging gerüchelmäßig die Mittheilung, daß die Anstalt ihren Coupon von jetzt ab unter 5procentigem Zinsabzug auszahlen wolle, ohne daß dieselbe irgend welchen Einfluß erlangte. Lombard und Franzosen zu den billigsten Preisen des Vortages einsehend und solche dann bei unbedeutendem Verleer abschließend, theilten das letztere Factum auch mit Nordwest. und Galiz., während sich Franz-Josephs. von dem lehtigsten Rückgange wieder erholte. Oester. Renten hielten sich nicht voll, besonders litt Papier-Rente unter der Valuta-Berückichtigung; russische Fonds bewahrten sich, wenn auch etwas niedriger, die Vorliebe der Börse,



